



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung,
Betriebsausschuss
Gebäudewirtschaft**

Frau Ullmann

Telefon: (0221) 221-21465

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: ramona.ullmann@stadt-koeln.de

Datum: 13.03.2019

Niederschrift

über die **Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 04.02.2019, 14:05 Uhr bis 15:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	Vertritt den abwesenden Herrn Dr. Ralf Heinen.
-----------------	-----	--

Beratende Mitglieder

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goß	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft
------------------	-----------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Noack	SPD	Vertritt den abwesenden Herrn Jürgen Kircher.
------------------	-----	---

Beratende Mitglieder

Herr Werner Eggert	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Herr Andreas Bischoff	auf Vorschlag von der CDU-Fraktion
Herr Andreas Michalak	FDP

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Wolfgang Behrisch	

Frau Angelika Döpfer	Amt für Schulentwicklung
Herr Michael Gräbener	Amt für Schulentwicklung
Herr Beigeordneter Markus Greitemann	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Norbert Hahn	Gebäudewirtschaft
Herr Hans-Jürgen Hilp	Gebäudewirtschaft
Frau Sandra Kißmann	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Bernd Rosenberger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	Vertreten durch Herrn Peter Kron.
------------------------------------	-----	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Ist von Ihren Ämtern zurückgetreten.
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

4.3 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim
0098/2019

5 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Wahl der gemeinsamen Sitzungsleitung

Herr Dr. Schoser schlägt Herrn Dr. Schlieben als gemeinsame Sitzungsleitung vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Herr Dr. Schlieben lässt über den Vorschlag abstimmen.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Wahl der Schriftführerin und ihrer Vertretung

Es werden Frau Ullmann als Schriftführerin und Frau Weber als deren Vertreterin vorgeschlagen. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Der Vorsitzende lässt über die Vorschläge abstimmen.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Planungen auf dem Gelände Berufskolleg Ulrepforte

AN/1835/2018

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, betont die Wichtigkeit des Antrags. Sie weist daraufhin, dass die Fünzfügigkeit des Humboldt-Gymnasiums nur unter der Voraussetzung, dass

ein Erweiterungsbau und zwei weitere Sporteinheiten errichtet würden, beschlossen wurde. Während der Erweiterungsbau in diesem Jahr fertiggestellt werde, fehlen die zwei Sporteinheiten weiterhin. Es sei dringend erforderlich, dass die Voraussetzungen der Fünffügigkeit endlich erfüllt werden.

Frau Dr. Klein weist daraufhin, dass die Turnhalle mit der Priorität A unter der laufenden Nummer 127 in der Prioritätenliste aufgeführt sei. Die Verwaltung behandelt das Vorhaben bereits mit hoher Priorität. Sie bittet Frau Ruffen daher, ihr Anliegen zu konkretisieren.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, berichtet, dass die Antragsteller erwarten, dass die Planung noch in diesem Jahr aufgenommen wird.

Frau Henk-Hollenstein, CDU-Fraktion, stellt fest, dass die Nummerierung innerhalb der A-Liste nach dem Alphabet erfolge. Die Nummer 127 stelle daher noch keine Priorisierung dar. Frau Henk-Hollenstein möchte eine Priorisierung vornehmen und mit dem Antrag verdeutlichen, dass das Bauvorhaben möglichst weit vorne stehen sollte.

Herr Greitemann erläutert, dass frühestens im zweiten Halbjahr, eher im vierten Quartal diesen Jahres mit der Planung begonnen werden könne. Erst dann würden Mitarbeitende der Gebäudewirtschaft frei, die die Projektplanung übernehmen könnten.

Frau Henk-Hollenstein, CDU-Fraktion, betont, dass bereits vor Planungsbeginn eine Priorisierung erfolgen könne.

Wenn der Antrag heute beschlossen wird, werde das Projekt vorgezogen und von den nächsten freiwerdenden Mitarbeitenden bearbeitet, berichtet Herr Greitemann. Diese Entscheidung müsse dann bei der gesamten Überlegungen zur Priorisierung der Abschnitte GI 1 und A berücksichtigt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, dass die Prioritätenliste zunächst generell erläutert und besprochen werde, bevor Einzelmaßnahmen diskutiert werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, schließt sich den Ausführungen des Herrn Thelen an, bemerkt aber, dass die Antragsteller dann folgerichtig ihren Antrag zunächst zurückstellen müssten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, hält an dem Antrag fest.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung damit, umgehend die Planungen für den Bau von 2 Sportübungseinheiten in einer 2-fach-Sporthalle am Standort und auf dem Gelände des Berufskollegs Ulrepforte aufzunehmen. Der Standort wurde bereits untersucht, die Planung jedoch zurückgestellt. Laut Aussage der Schulleitung ist die dort vorhandene Maler- und Lackierhalle abgängig,

so dass mehr Fläche zur Verfügung steht. Dies ist in den Planungen zu berücksichtigen. Planungskosten in Höhe von 300.000 Euro wurden unter **0801 – im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft** (siehe Drucksache AN/1380/2108) im Haushalt für 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung damit, umgehend die Planungen für den Bau von 2 Sportübungseinheiten in einer 2-fach-Sporthalle am Standort und auf dem Gelände des Berufskollegs Ulrepforte aufzunehmen. Der Standort wurde bereits untersucht, die Planung jedoch zurückgestellt. Laut Aussage der Schulleitung ist die dort vorhandene Maler- und Lackierhalle abgängig, so dass mehr Fläche zur Verfügung steht. Dies ist in den Planungen zu berücksichtigen. Planungskosten in Höhe von 300.000 Euro wurden unter **0801 – im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft** (siehe Drucksache AN/1380/2108) im Haushalt für 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018

3179/2018

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2018“ als Rahmenplanung, mit der ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen (stark steigende Schülerzahlen, Schulstruktur im Wandel, G9, Inklusion) sowie Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen gegeben wird;
- (2) beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und im weiteren Dialog mit Schulen und Bezirksvertretungen entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen vorzubereiten und als Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen. Dabei ist der Auftrag zur Priorisierung von

Schulbaumaßnahmen zu beachten, der mit einer gesonderten Vorlage erfüllt werden wird;

- (3) beauftragt die Verwaltung insbesondere, die notwendigen Flächen für die erforderlichen neuen Schulen aufgrund stark steigender Kinder- und Schülerzahlen durch ein Flächenbereitstellungskonzept Schulen zu sichern und planungsrechtlich entwickeln und dieses Konzept zu einer weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
- (4) beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach Vorliegen einer neuen städtischen, kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung die vorliegende Fortschreibung der Kölner Schulentwicklungsplanung zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Nachgang möchte Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der am 28.01.2019 nicht an der Sitzung des Schulausschusses teilgenommen hat, ergänzen, dass alle Anregungen, die von den Schulen und den Bezirksvertretungen zur Schulentwicklungsplanung gekommen sind, als Anlage zu der Vorlage genommen werden.

Der Vorsitzende unterrichtet darüber, dass die Voten der Bezirksvertretungen mit Stellungnahmen der Verwaltung sowie die Position der Stadtschulpflegschaft nach der vergangenen Sitzung des Schulausschusses bereits als Anlage angefügt wurden.

Ebenso wurden die Beschlüsse des Schulausschusses zu den Schulen in Ossendorf und Rondorf der Vorlage als Anlage beigefügt. Diese Entscheidungen seien ausdrücklich nicht mehr Teil des Beschlusses zur Schulentwicklungsplanung, betont Herr Dr. Schlieben.

4.2 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018

3648/2018

Frau Dr. Klein dankt der Verwaltung, und insbesondere Herrn Greitemann, dafür, dass der Ratsauftrag, eine Prioritätenliste vorzulegen, so umfangreich erfüllt werden konnte. Zur Einführung in die Diskussion erläutert Frau Dr. Klein den Aufbau der Prioritätenliste. Angesichts der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen sei bei der Erstellung der Prioritätenliste die Frage, wo zusätzliche Schulplätze geschaffen beziehungsweise, im Rahmen der Generalinstandsetzung, Schulplätze erhalten werden können, leitend gewesen. Alle dazu erforderlichen Maßnahmen seien in den Prioritäten A bis D aufgelistet. Die Prioritäten C und D betreffen die mittel- und langfristigen Maßnahmen. Insgesamt seien 219 Maßnahmen den verschiedenen Prioritäten zugeordnet worden. Die insgesamt 59 Maßnahmen der Priorität 0 seien bereits im Bau. In diesem Jahr können davon 17 Maßnahmen fertiggestellt werden.

Frau Dr. Klein führt aus, dass in der Anlage 2 die Container-Pakete aufgeführt sind. Diese seien zum Teil beschlossen, zum Teil bereits umgesetzt und zum Teil in der Prüfung. Circa 28 weitere Standorte würden geprüft.

Hinsichtlich der Wortwahl weist Frau Dr. Klein daraufhin, dass der Begriff Schulpavillon von der Stadt München geprägt und synonym für Schulcontainer verwendet werde.

Kleinere Maßnahmen, wie Reparaturen, die täglich in den Schulen stattfinden, seien nicht in der Prioritätenliste aufgeführt.

Herr Greitemann dankt für die hervorragende Zusammenarbeit. Aus der Schulbauprioritätenliste solle im nächsten Schritt ein Programm entwickelt werden, um alle Projekte mit der erforderlichen Kraft voranzutreiben. Weiterhin weist Herr Greitemann darauf hin, dass ein solches Schulbauprogramm die Grundvoraussetzung für eine Wohnungsbauplanung sei.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung und teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage gerne zustimmen wird. Er lobt die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bau- und dem Bildungsdezernat. Herr Greitemann setze sich erkennbar für den Schulbau ein. Allerdings bestehe weiterhin eine Diskrepanz zwischen dem, was schulfachlich nötig sei und der baulichen Umsetzung. Aus Sicht der SPD-Fraktion seien alle Projekte in der Priorität 0 vernünftig und sollten schnellstmöglich umgesetzt werden. Eine Veränderung dieses Abschnitts sollte nicht mehr stattfinden. Bei der Priorität A seien 11 Gesamtschulen vermerkt. Angesichts der hohen Ablehnungszahlen sei es wichtig, dass die Gesamtschulen in der Priorität weit oben positioniert werden. Wegen des Fachkräftemangels gelte das Gleiche für die Berufskollegs. Um die Bauverfahren zu beschleunigen, sollte möglichst pragmatisch vorgegangen werden und auf alles, das zu Verzögerungen führe (beispielsweise Architektenwettbewerbe) verzichtet werden. Herr Philippi fordert ausdrücklich, dass der Schulbau zur Cheffinnen-Sache werde und Frau Oberbürgermeisterin Reker die Kommunale Pflichtaufgabe Schulbau vorrangig behandelt. Herr Philippi weist darauf hin, dass hinsichtlich des Gymnasiums Vogelsanger Straße bisher zunächst die Sanierung und dann der Erweiterungsbau geplant gewesen seien. Nun sei die Reihenfolge in der Vorlage vertauscht. Er bittet um Aufklärung.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dankt der Verwaltung für die Prioritätenliste. Insbesondere die Gruppenbildung hält er für gelungen und vernünftig. Schulen hätten nun die Möglichkeit nachvollziehen zu können, in wie vielen Jahren die Baumaßnahmen beginnen werden. Herr Thelen merkt an, dass die Baumaßnahmen ab Abschnitt A nicht personalisiert seien. Stattdessen hieße es, dass die Maßnahmen vorrangig zu bearbeiten seien. Er möchte wissen, was dies bedeute. Herr Thelen schlägt vor, dass die Prioritätenliste allen Schulen und Bezirksvertretungen zur Verfügung gestellt werde. Weiterhin regt er an, dass die Liste fortgeschrieben wird, sobald bisher nicht personalisierte Maßnahmen konkretisiert werden. Auf diese Weise könnten sowohl die Schulen als auch die Politik die Umsetzung der Maßnahmen nachverfolgen. Darüber hinaus sollte der Schulausschuss den Baufortschritt der Maßnahmen jährlich anhand der Liste überprüfen. Ergänzend sollte überlegt werden, ob der Schulbau durch andere Bauträger ausgeführt werden könne.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Erstellung der Prioritätenliste. Sie habe den Eindruck, dass die Verwaltung die Prioritätenliste anhand der Schulentwicklungsplanung, die als Rahmenplan fungiere, aufgestellt habe. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass die Prioritätenliste alle Stadtbezirke erfasse, sodass in der gesamten Stadt ausreichend Schulplätze bereitgestellt werden können. Die Prioritätenliste sei eine gute Grundlage, an der sich alle Beteiligten orientieren könnten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung im Namen der FDP-Fraktion für die Erstellung der Prioritätenliste. An dieser sollten keine großen Veränderungen vorgenommen werden. Hinsichtlich der Erweiterung bestehender Schulen sei es wichtig, nicht nur auf die Schaffung zusätzlicher Schulplätze sondern auch auf das Gesamtpaket der Schule zu achten. Derzeit gingen zu viele Nebenräume verloren, die dann für

das Lehrpersonal oder die Schulverwaltung fehlen. Im Hinblick auf den Lehrkräftemangel und den dadurch verursachten Wettbewerb um Lehrerinnen und Lehrer sei dies ein erheblicher Nachteil.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, unterstützt die Ausführungen von Frau Ruffen. Viele Schulen seien zu Ganztagschulen geworden. Dies erhöhe die Verweilzeiten der Lehrkräfte in der Schule. Die Gestaltung der Aufenthaltsbereiche für Lehrkräfte sollte dem Rechnung tragen. Herr Kockerbeck dankt der Verwaltung für die Erstellung der Prioritätenliste. Diese erhöhe die Transparenz über die anstehenden Maßnahmen und deren zeitliche Planung. Herr Kockerbeck kritisiert, dass nicht genug Gesamtschulen errichtet werden. Die Stadt Köln und die Oberbürgermeisterin müssten begreifen, dass die Schaffung von ausreichend Gesamtschulplätzen – neben der Bereitstellung ausreichender Schulplätze in den anderen Schulformen - eine vordringliche Aufgabe sei. Die in der Kategorie 0 aufgeführten Gesamtschulen bestünden bereits. Dennoch gab es einen Rekord von 960 abgelehnten Schülerinnen und Schülern im Jahr 2018. Seiner Meinung nach solle das Ausbauprogramm für weiterführende Schulen, das nur für Gymnasien gedacht sei, auf Gesamtschulen ausgeweitet werden. Die Fraktion Die Linke wird gegebenenfalls noch einen entsprechenden Antrag im Rat stellen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, begrüßt die Prioritätenliste. Allerdings fehlen ihm Terminangaben. Die Pressemitteilung der Oberbürgermeisterin spreche davon, dass in der nächsten Zeit 59 neue Schulen errichtet werden. Ehrlicher Weise müsse aber gesagt werden, dass es sich dabei um Schulen handelt, die bereits im Bau oder beschlossen seien. Dadurch sei noch keine Beschleunigung des Schulbaus erreicht. Überschlage man die Planungen für die Baumaßnahmen, würden die letzten Schulen im Jahr 2040 fertiggestellt. Dies sei für die Lösung des jetzigen Schulplatzmangels zu spät. Schulen der Priorität A sollen laut Planung bis 2023 realisiert sein. Im Abschnitt A seien jedoch Schulen aufgeführt, für die noch kein Grundstück vorhanden sei. Eine Fertigstellung bis 2023 erscheine, ohne den Einsatz von Containern als Interimslösung, fraglich. Herr Tempel schlägt vor, Alternativen, wie zum Beispiel Modulbau, in die Überlegungen einzubeziehen. Weiterhin berichtet er, dass es einen schulformübergreifenden Beschluss der Stadtschulpflegschaft gebe, die Gesamtschulen in der Priorität A vorzuziehen.

Herr Dr. Schlieben bittet Herrn Greitemann auf die Stellungnahmen zu reagieren und auch zu erläutern, wie es weitergehen wird, wenn die Liste heute beschlossen wird.

Herr Greitemann weist Herrn Thelen darauf hin, dass die Prioritätenliste sowie die dazugehörigen Anlagen öffentlich einsehbar seien und im Internet heruntergeladen werden könnten. Eine zusätzliche Verteilung an die Schulen oder Bezirksvertretungen sei daher nicht unbedingt erforderlich.

Herr Greitemann berichtet, dass durch den Beschluss des Rates zum GU/TU- Paket bereits Beschleunigungsmaßnahmen im Schulbau beschlossen wurden. An der Umsetzung werde mit Hochdruck gearbeitet. Zur Methodik erläutert er, dass die Prioritätenliste nach Kategorien gegliedert sei. In den Kategorien A, B und C seien Maßnahmen zur Schaffung neuer Schulplätze und Turnhallen, in den Kategorien GI 1 und GI 2 seien die Generalsanierungsmaßnahmen genannt, bei denen aufgrund Betreiberverantwortung Handlungsbedarf bestehe. Innerhalb der Kategorien seien die Maßnahmen alphabetisch sortiert. In den nächsten vier bis fünf Monaten sollen daraus Pakete geschnürt werden, die alle Möglichkeiten der Herstellungs- und Anschaffungsvarianten berücksichtigen. Für Schulen, für die noch kein Grundstück vorhanden sei, müsse in den nächsten Monaten Standorte gefunden werden. Gemeinsam mit privaten Investoren und anderen Partnern sollen diese Schulen dann in den nächsten fünf

bis zehn Jahren gebaut werden. Dabei werden auch Strategien wie Modulbauweisen eingesetzt.

Weiterhin berichtet Herr Greitemann, dass derzeit Standards entwickelt werden, wie Schulen schneller geplant und gebaut werden können. Zusammen mit diesen Standards sei die Durchführung von Architekturwettbewerben möglich, ohne dass es dadurch zu zeitlichen Verzögerungen komme.

Die Prioritätenliste werde von der Verwaltung in SAP fortgeschrieben und laufend aktualisiert. Es werde ein jährlicher Bericht über die Entwicklungen der Maßnahmen erfolgen. Dies sehe die Beschlussvorlage auch so vor. Der Verwaltung sei bewusst, dass die Zielvorgaben ambitioniert seien. Insbesondere auch wegen der schwierigen Marktsituation. Deshalb sei die Strategie der Verwaltung, sämtliche Herstellungs- und Anschaffungsvarianten zu berücksichtigen, wichtig.

Herr Greitemann fasst zusammen, dass die Prioritätenliste aktuell in ein Schulbauprogramm umgearbeitet werde, in dem Herstellungs- und Anschaffungsvarianten vorgeschlagen werden. Darüber hinaus würden nicht nur einzelne Schulen sondern ganze Blöcke vorgeschlagen werden, um dadurch die Entscheidungsprozesse transparenter und schneller zu gestalten. Es werde einen jährlichen Bericht über die Fortschritte der Baumaßnahmen geben. Dem Modulbau stehe das Baudezernat positiv gegenüber. Abschließend weist Herr Greitemann daraufhin, dass der Ausschuss durch eine entsprechende Entschlussfreudigkeit ebenfalls zu einer Beschleunigung der Baumaßnahmen beitragen könne.

Frau Dr. Klein berichtet, dass die Verwaltung in der Schulentwicklungsplanung einen Schwerpunkt auf Gesamtschulen gelegt habe. Insgesamt werden 13 neue Gesamtschulen vorgeschlagen. Darüber hinaus aber auch acht neue Gymnasien. Die Stadt brauche beide Schulformen, um für alle Kinder ein passendes Bildungsangebot gewährleisten zu können. Frau Dr. Klein merkt an, dass auch 25 neue Grundschulen benötigt werden, die mit in die Planung einbezogen werden müssen. Die Beigeordnete berichtet, dass in ihrer Amtszeit sieben neue Gesamtschulen und zusammen mit Erweiterungen bestehender Gesamtschulen rd. 1.000 neue Schulplätze in den Eingangsklassen in dieser Schulform geschaffen wurden. Dennoch sei die Zahl der Abweisungen hoch. Frau Dr. Klein sieht die Gründe in den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen sowie der zunehmenden Beliebtheit der Gesamtschulen. Hinsichtlich der Größe der Gesamtschulen berichtet Frau Dr. Klein, dass die Verwaltung die Schulen so groß baue, wie das jeweilige Grundstück es hergebe. Allerdings sei mit der Bezirksregierung abgestimmt, dass maximal acht Züge eingerichtet werden. Mehr Züge würden abgelehnt, da sich in der Vergangenheit gezeigt habe, dass so große Systeme schwer steuerbar seien.

Frau Rinnenburger beantwortet die Frage des Herrn Philippi hinsichtlich des Gymnasiums Vogelsanger Straße. Das Schulbauprogramm sei – wie die GU- TU-Pakete – so aufgebaut, dass alle Aufträge in einem Standort zusammengelegt werden. Dies bedeute, dass alle Aufträge in der Vogelsanger Straße in einem Projekt umgesetzt werden.

Frau Henk-Hollstein, CDU-Fraktion, dankt für die Erstellung der Prioritätenliste, auf die der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft bereits lange gedrängt habe. Frau Henk-Hollstein hofft, dass die Liste, die die Reihenfolge der Maßnahmen innerhalb der Abschnitte festlegt, bis zur Sommerpause vorliegt. Mit dieser Liste sei dann klar, welchen Auftrag die Gebäudewirtschaft habe und welche Maßnahmen umzusetzen seien. Dem Ziel verbindliche Aussagen über die Inbetriebnahme bestimmter Gebäude treffen zu können, komme man damit hoffentlich näher.

Herr Klemm, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt explizit die Unterrichtung der Bezirksvertretungen. Die Bereitstellung im Internet genüge nicht. Über die Vorlage und die jährliche Fortschreibung der Prioritätenliste erwarte er eine Mitteilung an die Bezirksvertretungen.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion für die Prioritätenliste. Hinsichtlich der Maßnahme Campus Deutz, laufende Nummer 133 der Priorität B, regt sie an, diese in die Priorität 0 oder wenigstens A zu verschieben.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass die 8-Zügigkeit von Gesamtschulen eventuell notwendig sei, kleinere Gesamtschulen aber wünschenswert wären, um nicht in den Ruf von „Lernfabriken“ zu kommen. Weiterhin möchte sie wissen, ob das Containermanagement und die vorgestellte Prioritätenliste miteinander korrespondieren oder ob es sich dabei um zwei getrennte Maßnahmen handelt.

Frau Rinnenburger antwortet, dass die beauftragten Containerpakete in der Prioritätenliste nicht erfasst sind (siehe Anlage 2)

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, regt an, die laufende Nummer 137 Gesamtschule Netzestraße um den möglichen Standort Holzheimer Weg zu ergänzen.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 1 beiliegende priorisierende Schulbaumaßnahmenliste (Schulbauliste 2018) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der aufgelisteten Schulbaumaßnahmen in der Abfolge der aufgezeigten Kategorien vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 1 beiliegende priorisierende Schulbaumaßnahmenliste (Schulbauliste 2018) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der aufgelisteten Schulbaumaßnahmen in der Abfolge der aufgezeigten Kategorien vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim 0098/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. die Förderung des "Bildungsberatungszentrum Mülheim" als Maßnahme innerhalb des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“.
2. die Finanzierung der Aufwendungen in Höhe von jährlich 60.000 € (rd. 43 % städtischer Eigenanteil), die im Haushaltsplan 2019 bzw. in der Mittelfristplanung zum Haushaltsplan 2019 für die Jahre 2019 und 2020 im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Verschiedenes

Köln, den 13.03.2019

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Ullmann

Schriftführerin